Chamberlain weiß keine Antwort

Peinliche Anfragen über den Fernost-Konflikt im Unterhaus

Im englischen Unterhaus wurde wieder einmal Ministerpräsident Chamberlain mit Anfragen bombardiert. Aber angesichts der bereits sprichwörtlichen Leitischen Ohnmacht vermied es Chamberlain, irgend etwas Neues zu sagen oder scharfe Worte zu gebrauchen. Es war sehr bezeichnend, daß er sogar auf Anfragen eines Arbeiterparteilers die Antwort auf die Frage nach der Lage im Fernen Osten verweigerte und sich nur in Verlegenheitsausdrücken, wie „man warte auf Einzelheiten" und „es werde erwogen" bewegte.

Auf die Anfrage Greenwoods, ob man beabsichtige, im Hinblick auf die Lage den eventuell betroffenen Schiffen Instruktionen zu erteilen, und ob der Premierminister sich um die „Mitarbeit anderer Staaten" bemühen wolle, deren Schiffe auch in Futschau und Wenschau in Mitleidenschaft gezogen würden, und ob die britische Regierung angesichts der zunehmend drohenden Lage Fortschritte in der Ausgrbeitung von Vorschlägen zur Aenderung der Lage gemacht habe, antwortete Chamberlain ausweichend: „Leider kann ich diese Anfrage nicht so aus dem Handgelenk beantworten, da ich die Information erst jetzt im Unterhaus erhalten habe. Alle diese Angelegenheiten werden aber erwogen werden."

Eine peinliche Anfrage des Labour-Abgeordneten Bellenger, ob nicht im Hinblick auf die verschärfte Lage im Fernen Osten entschiedenere Maßnahmen ergriffen werden könnten, oder ob die Regierung nicht wenigstens einen entsprechenden Wink geben wolle, blieb, wie schon vor einigen Tagen, abermals unbeantwortet. Als Bellenger weiter drängte und fragte, „will der Premierminister eine Antwort auf diese Frage geben, da viele von uns daran ernsthaft interessiert sind?" erhielt er wieder keine Antwort.

Ebenso erging es dem Kommunisten Gallacher, der fragte, wie es komme, daß Beleidigungen, die der Ministerpräsident als unerträglich bezeichnete, geduldet würden!

Handelsminister Stanley wurde, wie schon seit Tagen, auch am Dienstag wieder im Unterhaus mit Fragen bestürmt, die darauf hinausliefen, Maßnahmen gegen die Einfuhr von japanischen Waren nach England zu ergreifen. Stanley erklärte, „er habe keine Vollmacht, britische Händler zum Verkauf oder die Oeffentlichkeit zum Verbrauch bestimmter Waren zu zwingen".

Singapore mit Opiumverdiensten gebaut

Ein niederschmetterndes Urteil über die Methoden, mit denen England den Ausbau seiner fernöstlichen Seefestung Singapore bewerkstelligt hat, gibt die Zeitung „Paris Midi" ab. Sie behauptet — und auch das ist nicht gerade geeignet, das Ansehen des britischen Bundesgenossen zu heben —, daß diese Zwingburg mit ihren tausend Geheimnissen der englischen Krone 20 Millionen Pfund gekostet habe, daß aber ein großer Teil dieser Ausgaben wieder auf Schleichwegen eingekommen sei. So hätten die malaiischen Sultane und der Opiumhandel wertvolle Zuschüsse gegeben. Die Regierung habe zwar den Opiumhandel offiziell verboten, ihn aber gleichzeitig monopolisiert, so daß sie erhebliche Abgaben aus den Einkünften der Händler beziehe, die wieder zum Bau von Kanonen, Schiffen und Flugzeugen verwendet würden.

Britischer Seelenfang in Palästina

Die niederträchtigen Methoden der Briten in Palästina sind zur Genüge bekannt. Mit den anrüchigsten Mitteln, die sich in der britischen Kolonialpolitik schon immer „bewährt" haben, bemüht sich England in Palästina seine Weißbuchpolitik noch während dieses Sommers einzuführen. Wer die berüchtigten Durchsuchungen vermeiden, wer nicht verprügelt und seines Letzten beraubt werden, wer nicht eines grausamen Todes durch Hunger und Durst sterben will, der muß schriftlich seine Zustimmung zur Weißbuchpolitik erklären und erhält dann als Judaslohn je nach Wert seiner Unterschrift Geldprämien. Daß England bei diesem Seelenfang kein gutes Gewissen hat, beweisen die Ausweisungen ausländischer Zeitungsmänner aus Palästina. Man will der Welt das schändliche Tun verheimlichen! Die Araber allerdings bleiben standhaft. Mit Ausnahme weniger Verräter halten sie zu dem Hohen Komitee des Arabertums, das die restlose Erfüllung der den Arabern einst gegebenen Versprechungen von England fordert. Auch hier versagt die Methode der Anwendung von Zuckerbrot und Peitsche nicht mehr. Dafür gerät aber England immer mehr in Verruf; wie lange wird es noch die Rolle des Unterdrückers spielen können"

Kriegsminister schützt seine Rassegenossen

Auf Befehl des britischen Kriegsministeriums hat der Oberstkommandierende in Palästina General Haining, seinen Truppen angeordnet, bei den sogenannten „Durchsuchungen" einen sichtbaren Unterschied zwischen Arabern und Juden zu machen. Unter dem britischen Militär, besonders unter den Offizieren, herrscht helle Empörung über diesen Befehl. Man beschwert sich, in Palästina immer nur für die Juden eingesetzt zu werden und für sie die Haut zu Markte tragen zu müssen.

Dem General Haining wirft man vor, um seinen Posten zu bangen, andernfalls hätte er gegen diese Maßnahme, die auf den englischen jüdischen Kriegsminister Hoare Belisha zurückgeführt wird, protestieren müssen und sich ihr nicht unterwerfen dürfen.

Zugeständnisse? — Ablehnungen!

London in höchsten Nöten. — Man traut Moskau nicht. — Paris spricht von einem Doppelspiel.

Die englischen Bemühungen, die Paktverhandlungen in Moskau wieder in Gang zu bringen, haben bisher noch nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt, da es offensichtlich nicht ganz einfach ist, eine Kompromißformel zu finden, die den beiderseitigen Wünschen entspricht. Am Montagabend hatte der Kabinettsausschuß für auswärtige Angelegenheiten lange getagt, und so glaubten die meisten Londoner Zeitungen, ihren Lesern berichten zu können, daß „neue Instruktionen" an die britischen Unterhändler in Moskau abgegangen seien. Obwohl verschiedene Zeitungen die gefundene Formel bis in alle Einzelheiten wiedergeben zu können glaubten, hat sich nachher doch herausgestellt, daß diese Meldungen verfrüht waren, und daß auch am Dienstag eine neue Unterredung zwischen Molotow und den britischen Unterhändlern nicht zustandekam.

Offensichtlich ist man sich darüber klargeworden, daß man in Moskau nicht immer wieder die gleichen Vorschläge nur in anderer Form vorbringen kann, ohne sich dabei endgültig lächerlich zu machen. Der Kreml ist nicht geneigt, von seinen Forderungen abzugehen.

Da inzwischen die englische Oeffentlichkeit immer unruhiger wird, bemühen sich die Blätter, abzulenken und die Frage der Garantien der baltischen Staaten erneut als einzige Schwierigkeit hinzustellen. Diese Schwierigkeit sei, so behaupten sie, jetzt dadurch überwunden, daß London eine einseitige Garantie für Finnland, Estland und Lettland abgeben werde. Die Namen der drei Randstaaten sollen dabei nicht in dem eigentlichen Vertrag, sondern in einem Anhang genannt werden. Das läßt darauf schließen, daß England verhindern will, daß diese Staaten von Moskau garantiert werden. Ebenso deutlich ist aber auch die Ablehnung der zweiten russischen Forderung nach der Festlegung der automatischen Hilfeleistung vor dem Vertragsabschluß. Man will lediglich sofortige Einleitung von Generalstabsbesprechungen nach Abschluß des Paktes zugestehen, bei denen die Umstände der Hilfeleistung festgelegt werden können. Der automatische Charakter der gegenseitigen Verpflichtung, den Rußland insbesondere mit Bezug auf den Fernen Osten fordert, wird also ebenfalls abgelehnt.

Es ist nun allerdings schwerlich anzunehmen, daß sich der Kreml auf diese „neuen" Vorschläge einlassen wird, die ja im Grunde nichts anderes bedeuten, als die bisher von England an den Tag gelegte Halsstarrigkeit im Beharren auf den eigenen Wünschen. Während aber die Londoner Presse bemüht ist, diese Tatsache ihren Lesern vorzuenthalten, um weiterhin von den Schwierigkeiten im Fernen Osten abzulenken, sind die Pariser Zeitungen ehrlich genug, einzugestehen, daß gerade die Fernost-Frage die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen bildet. Der Kreml sehe mit Interesse das englische Ansehen im Fernen Osten immer mehr schwinden und ziehe daraus den Schluß, daß eine englische Unterstützung oder gar eine Garantie der sowjetrussischen Ostgrenze nur zu erzwingen ist, wenn dieser Punkt ausdrücklich im Pakt festgelegt wird. Deshalb fragt sich die Pariser Presse mit Recht, ob die Sowjets endlich zufriedengestellt werden können, obwohl die Zugeständnisse Großbritanniens gering genug sind.

Der „Jour" schreibt, es gebe kein Beispiel von Bündnisverhandlungen, die in einer derartigen Atmosphäre von Mißtrauen und Zweideutigkeit abgerollt seien. Neue Forderungen der Sowjetrussen seien zu erwarten. Das „Oeuvre" schließlich erklärt, selbst die entschlossensten Anhänger des erwünschten Dreierabkommens begännen sich zu fragen, ob hier nicht zumindest ein Doppelspiel getrieben werde.

England scheut die Wahrheit

Zwei deutsche Journalisten aus Jerusalem ausgewiesen.

Die Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros in Jerusalem, Dr. Reichert und Vollhardt, sind von den englischen Behörden aus dem Mandatsgebiet Palästina ausgewiesen worden.

Vom Deutschen Nachrichtenbüro wird hierzu festgestellt, daß sowohl Dr. Reichert als auch Vollhardt den Weisungen der Berliner Zentrale des DNB. gemäß sich bei ihrer Berichterstattung jeglicher Uebertreibungen oder tendenziöser Entstellungen der Vorgänge in Palästina enthalten haben. Alle ihre Meldungen und Berichte entsprechen den Tatsachen und der Wahrheit. Der Grund der Ausweisung kann daher lediglich der sein, daß man sich englischerseits zweier unbequemer Zeugen des englischen Vorgehens in Palästina entledigen wollte.

Eigene Parteigänger gegen Roosevelt.

DNB. Washington, 28. Juni. Washington stand am Dienstag ganz unter dem Eindruck der schweren Niederlage, die Roosevelt am Montag im Bundessenat erlitten hat, wo sich prominente Mitglieder seiner eigenen demokratischen Partei mit der republikanischen Opposition verbündeten, um dem Präsidenten die Ermächtigung zur Abwertung des amerikanischen Dollars sowie zum Ankauf ausländischen Silbers zu entziehen. Zur gleichen Zeit begann eine führende Gruppe von Demokraten im Unterhaus, dem von Roosevelt gewünschten „Neutralitäts"-Gesetzentwurf einige der übelsten Giftzähne auszubrechen, nämlich die Stellen, die dem amerikanischen Präsident erlaubt hätten, nach eigenem Ermessen Waren und Schiffe für die Bedürfnisse Englands und seiner Verbündeten zur Verfügung zu stellen.

Es zeigt sich nun offen, daß man Roosevelt nicht mehr traut, und daß die Erkenntnis, der Präsident müsse 1940 Platz machen, weil sonst das Land nach innen und außen nicht zur Ruhe kommen würde, selbst in Kreisen, die dem New Deal sehr nahe standen, immer mehr Platz greift.

Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 28. Juni 1939.

Spruch des Tages

Wir wissen, daß man die Interessen nicht aus der Welt schaffen kann und wir wollen das auch nicht. Wir sehen in dem berechtigten Ehrgeiz der Menschen jene Triebkraft, die die Entwicklung des Volkes fördert. Dr. Ley.

Jubiläen und Gedenktage

29. Juni:

1798: Der Romanschriftsteller Willibald Alexis (Wilhelm Häring) geb. — 1831: Der Staatsmann Karl Frhr. vom und zum Stein in Kappenberg (Westfalen) gest. — 1841: Der Afrikareisende Henry Morton Stanley (James Rowland) geb. — 1864: Uebergang der Preußen nach der Insel Alsen (Schleswig).

Sonne und Mond:

29. Juni: S.-A. 3.39, S.-U. 20.27; M.-U. 2.07, M.-A. 18.18

Jetzt Schlei!

Die Sommermonate Juni und Juli stehen eindeutig im Zeichen der Schleien, die sich, wenn sich das Wasser unserer Seen und Flüsse wieder erwärmt hat, zum Laichen anschicken und in dieser Zeit in besonders großen Mengen gefangen werden. In den meisten Jahren tritt zur Sommerszeit geradezu eine „Schleienschwemme" auf, und dann gibt dieser wohlschmeckende Süßwasserfisch dem Süßwasserfischmarkt völlig das Gepräge. Auch in diesem Jahre deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Schleiensaison sehr ertragreich sein wird.

Welchen Anteil die Schleien im Sommer an den Fängen der deutschen Binnenfischerei haben, kann man aus der Tatsache ermessen, daß sich in einigen Gebieten etwa die Hälfte aller Fänge dieses Fisches auf die Monate Juni und Juli zusammendrängt. Die großen Zufuhren haben auch stets ein Nachgeben der Preise zur Folge, und häufig werden dann Schleien die „preiswerte Gelegenheit" des Süßwasserfischmarktes. Die Schleien haben dadurch eine besondere Bedeutung für die deutsche Binnenfischerei, daß neben den Fängen an Wildschleien in den Flüssen und Seen die Schleienzucht in der Teichwirtschaft eine Rolle spielt, wo Schleien als Nebenartikel der Karpfenzucht erzeugt werden. Aus diesem Grunde haben die deutschen Binnenfischer naturgemäß ein großes Interesse daran, daß Absatzschwierigkeiten vermieden und die Fänge reibungslos in den Verbrauch geführt werden. Es ist also Sache des Verbrauchers, den Erzeugungsbedingungen und der Tatsache der vermehrten Fänge zur Sommerszeit Rechnung zu tragen.

Auch die deutsche Hausfrau handelt im eigenen Interesse, wenn sie sich die günstigen Einkaufsmöglichkeiten zunutze macht. Wenn die Jahreszeit und die reichliche Belieferung des Süßwasserfischmarktes ihr zu erkennen geben, daß „Schleien an der Reihe sind", sollte sie in reichlichem Maße von diesem Umstand Gebrauch machen, der sie in die Lage versetzt, ihrem Küchenzettel mit köstlichen Gerichten eine besondere Note zu geben. Ob man sich für „Schlei blau" oder „Schlei in Dill" entscheiden mag oder sich dazu entschließt, andere Zubereitungsmöglichkeiten zu erproben, immer wird man mit einem solchen Gericht Zufriedenheit und Begeisterung auslösen. Schleien gehören nun einmal zu den wohlschmeckendsten Süßwasserfischen, die ein ausgesprochenes Sommeressen darstellen und auch dann schmecken, wenn man auf schwere Speisen infolge der Wärme keinen rechten Appetit hat.

Frohe Stunden der Schützenfrauen. Wie alljährlich kamen auch gestern die Schützenfrauen im „Lindenschlößchen" zusammen, um bei Kaffee und Kuchen den Regierungswechsel der beiden Schützenköniginnen zu feiern. Die Präsidentin, Frau Berthold, gab noch einmal einen Rückblick über das schön verlaufene Markt- und Schützenfest und ermahnte die Frauen, allezeit treu zur Schützensache zu stehen. In launigen Worten nahm die Exkönigin, Frau Elsa Blume, Abschied von ihren „Untertanen", sie lobend für die treue Gefolgschaft in ihrem Regierungsjahr. Da ihr die Königswürde so gut gefallen, habe sie dieselbe gleich in ihrer Familie weitergegeben. Mit „10 Geboten für die Schützenfrauen", die viel Heiterkeit auslösten, übernahm die neue Königin Elfriede Blume das Zepter. Die Musik spielte fleißig auf, und eifrig drehten sich die Frauen im Tanze — es ging auch ohne Männer. Die Fröhlichkeit erreichte ihren Höhepunkt, als einige Schützenfrauen mit überwältigender Komik einen „amerikanischen Friseursalon" eröffneten. So hat auch für die Frauen das Schützenfest einen befriedigenden Abschluß gebracht.

Nicht in erhitztem Zustand ins Wasser gehen! Die Notwendigkeit dieser alten Mahnung bezeugt wieder folgender Unfall: Im Neuhausener Schwimmbad ging ein 18jähriger Zimmererlehrling in erhitztem Zustand ins Wasser. Er erlitt einen Herzschlag und ging unter. Durch die Aufmerksamkeit eines 11jährigen Jungen gelang es, den Verunglückten sofort aus dem Wasser zu holen. Der Tod war bereits eingetreten.

Städt. Luft- und Schwimmbad. Wasserwärme 19 Grad.

Mütter mit kleinen Kindern auf der Eisenbahn. Nationalsozialistischen Gedankengängen folgend ist die Deutsche Reichsbahn, wie bekannt, schon seit längerer Zeit bemüht, der Familie und vor allem den Müttern das Reisen mit kleinen Kindern durch alle möglichen Maßnahmen zu erleichtern. So werden neuerdings wieder bestimmte Sonderabteile der Reisezüge mit folgender Anschrift versehen: „Vorzugsweise für Mütter mit kleinen Kindern und unmittelbaren Angehörigen usw." Außerdem werden diese Abteile mit „Nichtraucher" gekennzeichnet, damit Mutter und Kind nicht durch den Tabakrauch belästigt werden. Gewisse Schwierigkeiten bleiben indessen vorläufig noch bestehen in Bezug auf das Unterbringen der Kinderwagen in den Zügen. So können Kinderwagen mit einer Breite von mehr als 35 Zentimeter mit Rücksicht auf die Lichtweite der Personenwagentüren nicht in die Traglastenwagen der Personenzüge mitgenommen werden. Ferner ist die Mitnahme nichtzusammenklappbarer Kinderwagen in die Abteile der D- und Eilzüge ausgeschlossen und nur bei Personenzügen zulässig mit Ausnahme derjenigen, die im öffentlichen Fahrplane mit den Buchstaben „o. G." = „ohne Gepäck- und Fahrradbeförderung" oder „b. G." = „mit beschränkter Gepäck- und Fahrradbeförderung" gekennzeichnet sind. Im übrigen können Kinderwagen, die nicht in die Abteile mitgenommen werden dürfen, als Reisegepäck aufgegeben oder auf Fahrradkarte abgefertigt werden.

Altersversorgung für das deutsche Handwerk

Der 30. Juni 1939 ist für alle Handwerker der Tag der Entscheidung über ihre Altersversorgung. Nach dem Altersversorgungsgesetz sind alle Handwerker vom 1. Januar 1939 an in der Angestelltenversicherung versicherungsfrei, die einen Lebensversicherungsvertrag vor dem 1. Juli 1939 abgeschlossen haben. Die Befreiung gilt allerdings nur dann, wenn bei einer Kapitalversicherung die Versicherungssumme mindestens RM. 5000.— beträgt — Gewinnanteile dürfen nicht auf die Prämie verrechnet werden — und die Prämie mindestens so hoch ist, wie der Beitrag, den der Handwerker entsprechend seinem Einkommen zu bezahlen hätte. Außerdem muß das Kapital mindestens am Ende des 65. Lebensjahres ausgezahlt werden. Das gleiche gilt für die Halbversicherung. Das ist der Versicherungsweg, bei dem ein Handwerker außer dem Abschluß einer Lebensversicherung sich noch der Angestelltenversicherung anschließt. Die Lebensversicherung muß im Falle der Kapitalversicherung mindestens RM. 2500.— betragen. Auch hier sind die Gewinnanteile anzusammeln. Die Prämie zu dieser Versicherung muß mindestens die Hälfte des Beitrags zur Angestelltenversicherung ausmachen. Auch bei der Halbversicherung muß der Versicherungsbetrag spätestens mit 65 Jahren ausgezahlt werden.

Nach dem Altersversorgungsgesetz tritt bei allen Lebensversicherungen, die nach dem 30. Juni 1939 abgeschlossen werden, die Versicherungsfreiheit in der Angestelltenversicherung erst mit dem Tage ein, an dem die Lebensversicherung abgeschlossen wurde und ein entsprechender Antrag gestellt worden ist. Es ist aber anzunehmen, daß die Durchführungsverordnung die Versicherungsfreiheit ab 1. Januar 1939 auch für die Lebensversicherung ausspricht, die vor dem 1. Juli 1939 beantragt worden ist und bei dem die Ueberreichung des Versicherungsscheines noch nicht erfolgt ist.

Der Leiter der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte teilt weiter mit, daß die Durchführungsverordnung die Anwendung des § 15 des Angestelltenversicherungsgesetzes, wonach derjenige Handwerker, der am 1. Januar 1939 bereits das 50. Lebensjahr vollendet hatte, auf seinen Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden kann, für Handwerker aufheben wird.

Die Nachentrichtung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung nach § 10 Abs. 1 und 2 des Altersversorgungsgesetzes ist in Klasse c monatlich RM. 8.— vorzunehmen. Halbversicherte haben diese Beiträge in Klasse b bei monatlich 4 RM. zu entrichten. Höhere Beiträge können geleistet werden.

Für diejenigen Handwerker, welche sich in der Angestelltenversicherung versichern wollen, stellen die Kreishandwerkerschaften nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers die Versicherungskarten aus. Die notwendigen Anweisungen und Vordrucke sind bei den Kreishandwerkerschaften eingegangen. Die Anträge auf Ausstellung der Versicherungskarten können jetzt gestellt werden. Dabei ist die Handwerkskarte mitzubringen. Halbversicherte haben außerdem den letzten Einkommensteuerbescheid und ihren Lebensversicherungsvertrag, sowie die letzte Prämienquittung vorzulegen.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF